

Verleger: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.
Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Postträger 1.40 Pf. für die Woche, 6.—Pf. für den Monat.
Durch die Post: 8.10 Pf. für den Monat.

Verlagskonto: Nr. 23885
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die 6spaltige Mitarbeiterzeile über deren Raum 6.00 Pf., unterhalb 1.00 Pf.
Geld- und Raumangelegenheiten Familiennachrichten Vereins- und Versammlungskampagnen 0.50 Pf.
Reklame: Die Reklamzeile, dreispaltig über deren Raum, hinterlegt 3.— Pf.

Ein Brudergruß an die Rote Armee!

Die provisorische Zentrale der in Kürze vereinigten U. S. P. D. und R. P. D. hat an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale folgendes Telegramm übermittelt:

„Leute Genossen!

Hocherfreut über den glänzenden Sieg der tapferen Arbeiter und Soldaten der Roten Armee über die weißgardistischen Heere des Generals Wrangel übermitteln wir Euch und den in der Armee kämpfenden Klassengenossen die brüderlichsten Grüße des deutschen revolutionären Proletariats.
Euer Sieg hat den härtesten Widerhall in den Herzen der deutschen Arbeiterschaft gefunden. Mit Bewunderung blicken die deutschen klassenbewußten Proletarier auf Eure Taten und geloben alles zu tun, den Sieg der Weltrevolution herbeizuführen und damit auch dem russischen Proletariat den herbeigesehnten Frieden zu ermöglichen.
Es lebe der Kampf der Arbeiter gegen alle Ausbeuter!
Es lebe die revolutionäre Armee Sowjetrußlands!
Es lebe die Kommunistische Internationale!“

Beljura erledigt!

Stockholm, 20. November. Die Todesstunde für die Heere des Usurpators Beljura ist gekommen. Die Roten Truppen haben bei Kamenjec-Bodolsk die Divisionen Beljuras zerschmettert und diese Stadt besetzt. Gleichzeitig ist ein großer Erfolg in Richtung Proskurow errungen worden. Nach den letzten Nachrichten sind unsere Truppen in Proskurow eingedrungen und vernichten den flüchtenden Feind. Es laufen Nachrichten ein, nach denen Beljura ähnlich wie Wrangel seine zertrümmerte Armee verlassen hat.

Stockholm, 21. November. In einem kühnen Anlauf hat die tapfere Brigade Rakowkis die Stadt Proskurow genommen. Der Feind befindet sich in panischer Flucht.

Stockholm, 20. November. Die polnische Regierung meldet, daß die Truppen Beljuras in Unordnung über die Grenze fliehen. An einem Tage wurden 15 000 Soldaten Beljuras entwaffnet. Die fliehenden Truppen Beljuras wenden sich nach Lemberg. Beljura selbst ist nach Oesterreich geflüchtet.

Finnland rüstet.

„Kosta Wien.“ Der finnische Kriegsminister hat ein Programm für den Bau einer finnischen Flotte ausgearbeitet, er verlangt einen Kredit von 60 Millionen Mark jährlich für einen Zeitraum von 3 Jahren.

Bermond in Litauen.

Kowno, 13. November. „Kosta Wien.“ Der von dem baltischen Abenteuer bekannte Gegenrevolutionär Bermond befindet sich mit einem großen Stabe monarchistischer deutscher Offiziere in Kowno.

Für eine Aktion der englischen Arbeiter zu Gunsten Irlands.

Angeichts der wachsenden Grausamkeit, mit der die englische Regierung in Irland vorgeht, mahnt der „Daily Herald“ die englischen Arbeiter, jetzt Solidarität für die kämpfenden Proletarier Irlands zu beweisen. Ebenso wie die englischen Arbeiter sich weigerten, Munition und Kriegsmaterial für Polen zum Kampf gegen Sowjetrußland zu befördern, so müssen sie jetzt verhindern, daß Truppen und Munition nach Irland gehen. Wenn die englischen Arbeiter erst einmal die wirkliche Lage erfaßt haben, werden sie ihre Pflicht gegenüber Irland unbedingt erfüllen.

In Dublin kam es zu außerordentlich schweren Unruhen, wobei 11 Offiziere getötet und 4 schwer verwundet wurden.

Chaker um Ministerfessel in Belgien.

Nach wochenlangen Debatten in der sozialistischen Partei Belgiens wurde mit 340 000 gegen 221 000 Stimmen der Beschluß gefaßt, daß die Sozialisten sich wieder an der belgischen Regierung beteiligen. Mit diesem Beschluß hat die Partei ihre Zustimmung zu einer zehnmonatigen Militärdienstpflicht gegeben. Dafür, daß nun

alle Proletarier Belgiens 10 Monate lang Soldat sein müssen, dürfen an der Regierung, die aus 11 Mitgliedern besteht, vier sogenannte Arbeiterführer teilnehmen.

Oberschlesien.

Eine Verordnung der interalliierten Kommission bestimmt für die Bewohner Oberschlesiens beider Geschlechter, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, die Einführung einer Legitimationskarte, die von der Ortsbehörde nach einem vorgeschriebenen Muster in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1920 ausgestellt werden muß. Diejenigen Personen von über 16 Jahren, die seit 31. Juli 1919 nicht ständig im Abstammungsgebiet ihren Wohnsitz hatten, erhalten diese Legitimationskarte nur, wenn die Ortsbehörde in Übereinstimmung mit einer besonderen Kommission ihre Ausstellung beschließt. Die interalliierte Kommission entscheidet in Fällen, in denen die Kommission die Ausstellung der Legitimationskarte nicht befürwortet. Jede Person, welcher diese Karte verweigert wird, hat das Abstammungsgebiet innerhalb 14 Tagen zu verlassen.

Forth-Bayern.

Im bayerischen Landtag haben die Unabhängigen dem Landtag die Frage vorgelegt, ob er die einseitige parteipolitische Haltung des Präsidenten billigt. Der Präsident hatte die U. S. P. daran verhindert, die Wahrheit über die Waffenschiedungen, die mit Billigung und Förderung von Regierungenstellengeschäften, in der Öffentlichkeit zu brandmarken. Ein Zuruf: Denunziation! wurde vom Präsidenten nicht gerügt. Die U. S. P. sah in dieser Einschränkung der Redefreiheit im Landtag, die der Präsident wiederholt im Interesse der „nationalen Würde“ für notwendig erachtete, eine Beschneidung des primärsten Rechts der Volksvertretung. Nachdem der Landtag dem Präsidenten das Vertrauen ausgesprochen hatte, trat die U. S. P. aus dem Präsidium des Landtages aus. Sie hatte den Posten des zweiten Vizepräsidenten inne.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ verlangen, daß die U. S. P. im Landtage soweit ausgeschaltet wird, daß sie der Arbeit des Landtages nicht mehr schaden kann.

Landarbeiterbewegung.

Blättermeldungen zufolge hat sich der Streit der Landarbeiter in Vorpommern weiter verschärft. Im Kreise Greifswald sind die Arbeiter auf 90 Gütern, im Kreise Grimmen auf 10 Gütern, im Kreise Franzburg auf 60 Gütern und im Kreise Rügen auf allen Gütern ausständig. In den beiden letzten Kreisen ist der verschärfte Generalstreik beschlossen worden; es sollen keine Kostlandsarbeiten geleistet werden.

Die Bergarbeiter zum Sozialisierungsschwindel.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat sich gezwungen gesehen, an die Reichsregierung einen offenen Brief zu richten, in dem angefragt wird, welche Stellung die Regierung zur Sozialisierungsfrage einnehme. Die Bergarbeiter verlangten das zu wissen.

Räterußland und Deutschland.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ hat Räterußland an Deutschland eine Note gerichtet, in der erklärt wird, daß sechs russische Experten die Einreiseerlaubnis nach Deutschland verweigert worden sei. In der Note heißt es weiter, da die Anwesenheit dieser Experten für den Warenaustausch notwendig sei, so sehe sich Rußland gezwungen, alle gegebenen Aufträge zu annullieren und den Empfang der schon bestellten Waren abzulehnen.

Das deutsche Auswärtige Amt muß gezwungen werden, sich so schnell wie möglich zu den Aussagen der russischen Regierung zu äußern. Es geht nicht an, daß die deutsche Arbeiterschaft für die Sünden büßen muß, die das Auswärtige Amt durch seine Intrigen und Schikanen zu Gunsten Wrangels begangen hat.

Ein Sowjetkommisär kommt nach Berlin.

Nach der „Vossischen Zeitung“ wird der Kommissär der Sowjet-Regierung, Wosnessi, Sektionschef im Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten, nach Berlin kommen.

Das Reichswehrgesetz der Kappisten.

Am 1. Januar wird die von der Entente der deutschen Bourgeoisie zum Schutze von „Ruhe und Ordnung“ zugestimmte 100 000 Mann-Reichswehr aufgestellt sein. Ihre Gestaltung soll durch ein Wehrgesetz festgelegt werden, das in kurzem den Reichstag beschäftigen wird und zu dem das Reichswehrministerium vor einigen Monaten einen Entwurf vorgelegt hat. Die organisatorischen Bestimmungen dieses Entwurfs entsprechen dem Willen der Entente. Seine Bestimmungen über die „Pflichten und Rechte der Reichswehrangehörigen“ — dem Willen der monarchistischen Konterrevolution. Sie will sich eine Armee legalisieren lassen, die ein willenloses und zu allem brauchbares Werkzeug in ihren Händen ist.

Diese Ausgestaltung der republikanischen Wehrmacht zu einer schlagfähigen Kappistengarde erfolgt unter dem Deckmantel ihrer „Entpolitisierung“. Die Reichswehrsoldaten sollen über den Parteien stehen. Sie werden darum nach dem Geßler'schen Entwurf nicht nur, wie schon in der Weimarer Verfassung, des aktiven und passiven Wahlrechts zu allen parlamentarischen Körperschaften beraubt, also zu einer Art „Skotsbürger zweiter Klasse“ degradiert, sondern es wird den Reichswehrsoldaten auch die Zugehörigkeit zu politischen Vereinigungen, die Teilnahme an politischen Versammlungen, jede politische Betätigung untereinander verboten. Und noch mehr! Auch die Zugehörigkeit zu unpolitischen Vereinigungen, wie Wirtschaftsverbänden oder Bildungsvereinen, und eine entsprechende Betätigung ist den Soldaten verboten — wenn es die Herren Vorgesetzten nicht vorher erlauben. Jedes Mitbestimmungsrecht der Soldaten, selbst bei nichtdienstlichen Berufsfragen, ist selbstverständlich völlig ausgeschaltet. Nur die alberne Komödie der Heeres- und Marinekammer (Heeres- und Marinebeirat) wird in dem Gesetzentwurf wieder aufgeführt. In diesem Beirat sind 96 000 Soldaten und 4000 Vorgesetzte paritätisch vertreten und auch das nur, um „als eine dem Chef des Reichswehrministeriums unterstehende Körperschaft Wünsche und Anregungen der Truppe beim Reichswehrministerium zur Sprache zu bringen“.

Diese Bestimmungen bedeuten die völlige Rechtslosmachung der Soldaten, ihre bedingungslose Unterwerfung unter die Gewalt der Offiziere, die Auslieferung der Reichswehr an die monarchistische Konterrevolution. Wie in Wilhelms II. Zeiten sollen die Soldaten von jeder geistigen Berührung mit der Außenwelt der Kaserne ferngehalten und durch eine „strenge Disziplin“ und die nach der „Entpolitisierung“ der Reichswehr allein mögliche Beeinflussung durch ihre monarchistischen Offiziere so erzogen werden, daß sie jederzeit „auf Vater und Mutter zu schießen“ bereit sind, daß sie heute zum Schutze der „Verfassung“ gegen die Arbeiter und morgen zur Wiederherstellung der Monarchie gegen die „Verfassung“ in den Kampf geführt werden können.

Der Geßler'sche Wehrgesetzentwurf hat natürlich bei der monarchistischen Presse begeisterte Zustimmung hervorgerufen und ebenso den Beifall der militärischen Mitarbeiter der sogenannten demokratischen Presse gefunden. Die Rechtssozialisten haben angeichts dieser Krönung ihres durch Ruch mit der Abwürgung der Soldatenräte und der Übergabe der Kommandogewalt an die Offiziere begonnenen Werkes einen heftigen Schreie bekommen und dem Gesetzentwurf schärfsten Kampf im Reichstag angekündigt. Aber auch in den Kreisen der Soldaten und der republikanischen Offiziere regt sich Widerspruch gegen die Absichten der Konterrevolution. Selbst die kassierte Heeres- und Marinekammer hat mit überwiegender Mehrheit eine Entschließung angenommen, die sich gegen jedes Verbot der Zugehörigkeit der Soldaten zu nichtpolitischen Vereinigungen wendet. Natürlich hat sich Herr Geßler um die Beschlässe der Heereskammer nicht weiter gekümmert. Auch der Reichswehrgesetz-Verband derzeitiger und ehemaliger Berufs Soldaten, in dem etwa 60 000 Reichswehrangehörige organisiert sind, hat mit Entschiedenheit ein uneingeschränktes wirtschaftliches Koalitionsrecht der Soldaten gefordert. Aber die Geßler und Konsorten sind konsequenter als diese Vertreter der Soldaten. Sie wissen, daß die durch Vorgesetzte unkontrollierte Vereinigung der Reichswehrangehörigen zu wirtschaftlichen Zwecken, die sie über den Geist der Kaserne heranzubringen

Über die Kapitalverflechtungen wird weiter mitgeteilt, daß Herr Gruisser einmal seiner Tochter gesagt hat, sie brauche sich über ein ihr von der Erz-Kronprinzessin geschenktes Bild nicht zu freuen, da er der Kronprinzessin familiär 60 Millionen Mark gerettet habe. Die Methode der Warenverflechtungen machte nur ein Bruchteil der Gruisser'schen Vermögensverflechtungen aus. Meist ließ sich Gruisser die Gelder seiner Klienten verschreiben und übertrug sie auf seinen Namen auf Auslandskonten. Wertvolle Gegenstände beförderte er persönlich in zwei Luxusautos nach Holland. Zu den Helfershelfern Gruissers gehörte ein Dr. Frig Maugelmer, der während des Krieges vier Jahre lang Vertreter der Reichsbank in Amsterdam war und jetzt Teilhaber bei Mendelssohn mit 100 bis 150 Millionen Mark Kapitalanlage ist. An der Berliner Börse ließ sich Gruisser durch seinen Prokuristen Reichelt vertreten, der dort unter der falschen Flagge eines Angestellten der Firma Schlesinger, Trieb & Co. saß.

Die Agrarwucherer können sich jeden Luxus leisten.

Der Verlag August Scherl, der bekanntlich den Totalanzeiger und verschiedene andere Zeitungen und Zeitschriften herausgibt und es sich besonders angelegen sein läßt, über die Begehrllichkeit der Arbeiter und deren angeblich anerkannt hohen Löhne zu schreiben, bringt in einem Inseratenwerbeprospekt für den „Praktischen Wegweiser“, der besonders in landwirtschaftlichen Kreisen gelesen wird, die beliebigen Empfehlungen:

Firma

in

Das diesjährige Weihnachtsfest steht unter keinem günstigen Zeichen. Leuerung und Arbeitslosigkeit mit den an und für sich trüben wirtschaftlichen Verhältnissen zwingen die Bevölkerung, nur das Nötigste für den täglichen Gebrauch anzuschaffen.

Trotzdem gibt es eine Klasse, die ihren Wohlstand zu heben wußte, die bei der allgemeinen Lebensmittelknappheit ihre Erzeugnisse zu nie gekannten Preisen absetzen konnte und deshalb heute das stärkste Rückgrat des deutschen Wirtschaftslebens bildet, die Landwirte.

Diesem Umstand sollten Sie Rechnung tragen. Die Landbevölkerung, die stets auf den Bezug von auswärtigen Geschäften angewiesen war, ist heute, wo sich das Geld auf dem Lande befindet, der dankbarste Käufer jeder Art von Waren. Ihr Wohlstand erlaubt es ihr, sich jeden Luxus leisten zu können.

Deshalb raten wir Ihnen, Ihr Weihnachtsangebot diesen Kreisen zur Kenntnis zu bringen. Sie erschließen sich den Weg hierzu durch den Praktischen Wegweiser, der in mehr als 35 000 Orten ausschließlich auf dem Lande verbreitet, seit Jahrzehnten der Ratgeber und Berater der Landwirte ist. Diese sind gewohnt, ihre Bezugsquellen im Praktischen Wegweiser zu suchen, weil sie wissen, daß nur reelle Firmen in ihm vertreten sind.

Diese Sätze sind charakteristisch dafür, wie die Wucherer der Landwirtschaft von Kundigen beurteilt werden, während die Not sonst Hausfreund in allen Arbeiterwohnungen ist.

Ein Kommentar für diese gewiß sachverständigen Ausführungen erübrigt sich.

Die Demaskierung.

In einer der letzten Nummern der „Leipziger Volkszeitung“ lästeten die Hülferdinge wieder einmal ihre Maske und präsentierten sich nackt in ihrer erbärmlichen heuchlerischen Gestalt. Die Schweizer Genossen der rechten U. S. P. Grimm, Hg. Reinhardt und Vogel protestieren ganz energisch gegen die Aufhebung der Franzosen Renaudel und Grundbach und des Londoner MacDonald, die notorischen Führer und Sekretäre der 2. Internationale sind, zur Berner Konferenz. Die Schweizer U. S. P.-Führer sind wenigstens so charakterfest, daß sie öffentlich ganz entschieden von der 2. Internationale abtrüben. Anders die deutschen Konfusionsisten. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist äußerst verschäupft und macht daraus gar keinen Hehl. Sie tanzelt die Schweizer Bundesgenossen ganz gehörig ab und findet durchaus nichts in der Beschlüßung der Konferenz durch die Führer der 2. Internationale.

Weshalb nur dieses Herumgehen um den heißen Brei. Man soll doch offen sein und zugeben, daß es der Wunsch der Konfusionsisten ist, in der 2. Internationale unterzukommen und daß man geistig schon längst zu den Rechten gehört. Weshalb nur diese Heuchelei. Wir wissen doch, die Konfusionsisten spielen alle nach einem Ministerial, und der 2. Internationale, durch die Scheidemann, zu erwischen. Wir können uns ja leicht in die Gedankenwelt eines Lapinelli hineinsetzen, wenn er an die fetten Pfanden eines Rolke und Scheidemann denkt und er sitzt noch immer in Leipzig als ein simpler Berleger. Na, „Biel Glück auf dem Wege über Bern zur 2. Internationale.“

Die Schuldenlast der deutschen Städte.

Der Hauptausschuß des preussischen Städtetages trat in einer Sitzung von 200 Mitgliedern in Gärzénich zusammen. In den Beratungen kam zunächst die ungeheure Finanznot der preussischen Städte zur Sprache. Von 1914 bis 1919 stiegen die Schulden von 50 preussischen Milliarden um 100 Prozent und seitdem um weitere 50 Prozent. Die Gesamtausgaben von etwa 70 preussischen Milliarden hätten im Jahre 1914 rund 1,5, 1919 rund 3 und 1920 rund 5 Milliarden betragen.

Gewerkschaftliches.

Die „Bundesgenossen“ des Herrn Stinnes.

Von Richard Müller.

(Schluß.)

Der Verrat der Legation an der Revolution, ihr offenes Eintreten für eine Politik zum Schutze der kapitalistischen Interessen weckte unter den Gewerkschaftsmitgliedern sehr starken Widerspruch. Nach dem „Vorwärts“ vom 13. November 1920 hat sich der Ausschuß des A. D. G. B. in seiner Sitzung anfangs November gründlich über die Stellung zur Arbeitsgemeinschaft und über einen Antrag der Schutzmacher, der den Austritt der Gewerkschaften aus den Arbeitsgemeinschaften forderte, ausgesprochen. Mit 24 gegen 7 Stimmen wurde folgende Entschlüsselung angenommen:

„Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampfe um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht und die Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere verfassungsrechtliche und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird. Der Bundesausschuß hält zur Zeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte, durchgeführt worden ist.“

Über diesen Beschluß des A. D. G. B. ist die „Freiheit“ ganz entzückt. Sie schreibt unter der vielversprechenden Überschrift „Erkaltende Liebe“, daß der A. D. G. B. eine „Rückzugslinie sucht“. Er wolle nur noch nicht seinen Irrtum offen zugeben. In gewerkschaftlichen Fragen hat die „Freiheit“ sehr oft eine unfassbare Naivität an den Tag gelegt. Die Entschlüsselung des A. D. G. B. ist kein Rückzug, sondern das erneute Bekenntnis, bis zur letzten Konsequenz an der Arbeitsgemeinschaft festzuhalten. Wenn der A. D. G. B. die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft als „zeitlich begrenzt“ ansieht und weiter sagt, daß sie „erlöschen“ wird, so sagt er aber auch weiter, wann nach seiner Ansicht das geschehen wird, nämlich: wenn die letzten Konsequenzen aus der Politik der Arbeitsgemeinschaft gezogen sind, das heißt: „wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere verfassungsrechtliche und gesetzliche Organe geschaffen werden.“

Wir haben es also nicht mit einem Rückzug zu tun, sondern mit einem erneuten Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft und damit zur Bundesgenossenschaft mit Stinnes und Konstanten. Diese Bundesgenossenschaft soll solange bestehen bleiben, bis alle Träume der Klassenharmonie gereift sind.

Am 7. November 1920 haben die Gesamtvorstände aller der Afa angehörenden Verbände (Afabund) beschlossen, die Arbeitsgemeinschaft abzulehnen und den A. D. G. B. zu verlassen, gemeinsam den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft zu vollziehen. Der „Afabund“ ist das reaktionärste Gebilde der freien Gewerkschaften. Ihm sind Organisationen angeschlossen, deren Leitung, wie auch ein erheblicher Teil der Mitglieder, noch im bürgerlichen Lager stehen. Nach dem Märzkampf mußte die Afaleitung unter dem Druck dieser reaktionären Elemente darauf verzichten, gemeinsam mit den sozialistischen Parteien Aufrufe und Kundgebungen zu unterzeichnen. Heute schießt der Afabund diejenigen Mitglieder aus, die für Industrieverbände der Hand- und Kopfarbeiter eintreten. Dieses reaktionäre Gewerkschaftsgebilde will jetzt den „Bundesvertrag“ mit Stinnes und Genossen aufgeben. Seiner wird nicht gesagt, welche Gründe dafür maßgebend sind.

Wir kennen die Gewerkschaftsbürokratie von Legien über Dittmann bis Aufhäuser und wissen, daß sowohl der Beschluß des A. D. G. B. wie auch der Beschluß des Afabundes nichts anderes bedeuten und bezwecken, als eine Irreführung der Gewerkschaftsmitglieder. Die „Freiheit“ ist diesem Versuch bereits zum Opfer gefallen. Die Gewerkschaftsbürokraten versuchen die parte Stimmungen gegen die Politik der Gewerkschaften aufzufangen durch Beschlüsse, die den Mitgliedern eine Umstellung der Politik der Gewerkschaften vorkaufsigen. Die Bundesgenossenschaft mit dem Unternehmertum soll unter einer anderen Bezeichnung fortgeführt werden. Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen sich nicht täuschen lassen; sie müssen dafür sorgen, daß diese Gewerkschaftsfunktionäre bestraft werden, die sich weigern, auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zu treten. Jeder Gewerkschaftsfunktionär darf nicht nur mit Worten, sondern muß mit der Tat für das Vorwärtstreiben der Revolution wirken. Wer zur Zeit der sozialen Revolution als Vertreter der Arbeiterschaft einen „Bundesvertrag“ mit Stinnes abgeschlossen hat, der gehört zur Konterrevolution und muß bestraft werden.

Kapitalistische Wirtschaft.

Steigerung der Margarinepreise.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet über eine bevorstehende Steigerung der Margarinepreise, die sie folgendermaßen begründet: „Der Hauptgrund für die bevorstehende neue Margarinepreiserhöhung liegt aber in dem ungünstigen Stand unserer Valuta. Bekanntlich werden fast alle Rohstoffe der Margarine aus dem Auslande bezogen. Die Restbestände des Reichsausschusses für Oel und Fett sind jetzt völlig aufgebraucht. Danach kann die Margarine nur aus Rohwaren hergestellt werden, die neuerdings im Auslande zu wesentlich erhöhten Preisen eingekauft sind oder noch eingekauft werden müssen. Die Entwertung der deutschen Mark verteuert diese Rohwaren herart, daß die Preise der fertigen Margarine um mehr als 1/3 des bisherigen Preises gesteigert werden müssen. Sollte man heute Naturbutter aus dem Auslande beziehen, so würde sie heute wegen der Entwertung unseres Geldes auf 15 bis 20 Mark je Pund zu kommen.“

stellen. Einheimische Naturbutter kostet in unseren Großstädten 35 Mark. Die Margarine beobachtet ihr gegenüber die Friedenspreisspanne (damals kostete beste Margarine die Hälfte von bester Naturbutter) auch dann noch, wenn sie auf 17 bis 18 Mark gesteigert wird.“ Zu den Butterpreisen, die für die arbeitende Bevölkerung unerträglich sind, wird nunmehr auch die Margarine so im Preise gesteigert, daß den Proletariern, besonders den Arbeitslosen und Kurzarbeitern jede Möglichkeit, sich Fett zu verschaffen, genommen wird.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Das Organ des „Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands“, das „Hotel“, veröffentlicht auf Grund der Bücher eines großen Berliner Hotelbetriebes eine Gegenüberstellung von Preisen wichtiger Lebens- und Genussmittel in den Jahren 1914 und 1920. Danach mußten für die genannten Waren gezahlt werden Mark:

	1914	1920
Schweinefleisch	Pfund 0,70	18,—
Kaffee	0,75	18,—
Kalbsteck	1,15	15,—
Banane	1,20	15,50
Kartoffel	1,55	14,—
Kartoffel	0,30	4,—
Speck	0,30	20,—
Schinken, roh	1,40	30,—
Fleischwurst	0,90	19,—
Butter	1,60	31,—
Schmalz	0,60	22,—
Eier	Stück 0,07	2,45
Makaroni	Pfund 0,40	14,—
Nudeln	0,60	9,50
Weizenmehl	0,27	6,75
Zucker	0,35	15,—
Kaffee	1,50	30,—
Brotkrumen	Doje 0,65	6,60
Kartoffeln	0,70	3,65
Erbsen, fein	0,95	10,50
Pfefferlinge	0,85	12,50
Stangenpörrgel	1,70	15,—
Schweizer Käse	Pfund 1,05	36,—
Holländer Käse	1,10	18,—
Zäpfel Käse	1,—	14,—

In allgemeinen werden Privatklienten noch ungünstiger einkaufen müssen als die Hoteliers, die meist gewisse Preisbegünstigungen genießen. Trotz dieser auch in den Angaben der Tabelle zum Ausdruck kommenden Rabatte weist sie aber eine Preissteigerung um das Fünf- bis Dreifache auf.

Daß die Kriegsschleier, Entmenschlungen und sonstigen Großverdiener unter dieser Entwicklung nicht sonderlich leiden, bedarf keines Nachweises und beweist das Leben in den großen Luxushotels. Für die breiten Massen der Bevölkerung aber bedeutet der jetzige Preisstand für die hochwertigen Nahrungsmittel die Unmöglichkeit des Erwerbes.

Um so aufreuzender müssen diese Zahlen und Tatsachen wirken, als in ihnen nichts weiter zum Ausdruck kommt, als der Wahnsinn unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Klagen darüber nützt nichts. Will das Proletariat herauskommen aus dem Zwang zum Hungern, den die jetzige Ordnung ihm auferlegt, dann muß es sie stürzen, sobald als möglich, ehe ihm die Kraft zu diesem Werk verloren gegangen!

Die Industriekrise in Südfrankreich.

Aus Lyon wird gemeldet, daß die Lage der dortigen Industrie sich noch nicht wesentlich geändert hat. Besonders unangenehm macht sich die Geschäftskrise in der Häber- und Waffensindustrie bemerkbar, die die Neuanfertigung fast vollkommen eingestellt hat und nur mit Reparaturen und Umbauarbeiten beschäftigt ist. — Noch härter ist die Krise in der Textilindustrie. In einem großen Teil der Hutindustrie ist man nahe daran, die Fabriken zeitweilig stillzulegen oder aber nur mit Unterbrechungen zu arbeiten. Die Schuhindustrie ist in der gleichen schlechten Lage; doch hofft man für Weihnachten oder die Jahreswende auf eine kleine Besserung.

Die Wirtschaftskrise in Amerika.

London, 16. November 1920.
Aus Chicago wird gemeldet: Die Arbeitslosigkeit in Chicago wird immer größer. Die Löhne fallen, wobei es fast keine Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gibt. Hunderte von Arbeitern werden täglich entlassen. Laut vorliegenden Berichten herrscht derselbe Zustand in anderen Staaten.

London, 16. November 1920.
Aus Philadelphia wird gemeldet: Der Präsident der Webergewerkschaft in Philadelphia Dentin erklärte, daß im Laufe der nächsten Wochen die Zahl der Arbeitslosen in diesem Fache sich auf 125 000 erhöhen dürfte. In Philadelphia gibt es 700 Webereien mit 225 000 Arbeitern, wovon bis jetzt schon 50 000 entlassen worden sind.

New York: Gegen die exorbitanten Kohlenpreise, denen hauptsächlich die Schuld für die hochgetriebenen Lebensunterhaltskosten zugeschrieben wird, wendet sich eine Denkschrift des Senators Calder. Danach hat der Vorkämpfer der „United States Shipping Board“ (Schiffahrtskommission) erklärt, daß die Schiffsbesitzer der gestiegenen Kohle mit 4 Dollar und die Abfall- und Transportkosten auf 1,50 Dollar pro Tonne zu befrachten sind, während die Vertriebskosten zwischen 17 und 25 Dollar schwanken.

Das amerikanische Volk habe für Kohlenpreise von 1 Million Dollars aufzubringen. Die Gesamtausgaben der Massachussets allein ungefähr 670 000 Dollar im Jahre.

Neuseeland (New Zealand): Auf jeden Einwohner von New Zealand entfallen 34 Pfund Sterling an Kriegsausgaben, für die Rettung der Demokratie.

Der Bankrott Polens.

„Der Bankrott Polens“ schreibt: Der Umfang der Verschuldung in Polen beträgt 78 Milliarden Mark. Im Jahre 1918 betrug der Umfang nur 5 Milliarden, im Jahre 1920 26 Milliarden. Seit damals erhöhte er sich um 52 Milliarden. Dieser Betrag die Kriegskosten Polens zu decken ist zu verneinen.

